

# Längerfristige Folgewirkungen des Reformkommunismus und der Militärintervention in der ČSSR im Jahr 1968

Von Gerhard Wettig

Der sowjetische Parteichef Leonid Brežnev war zwar schon im März 1968 zu der Ansicht gekommen, daß man den tschechoslowakischen Reformkommunismus keinesfalls dulden dürfe und notfalls militärisch beseitigen müsse, wartete aber trotz schwindender Aussicht, daß »gesunde Kräfte« in Prag die Aufgabe übernehmen würden, ungeachtet des Drängens verbündeter Regime noch fünf Monate lang ab. Er fürchtete, daß eine Intervention die politischen Chancen zunichte mache, die sich im Westen boten. Mitte der sechziger Jahre richtete sich dort die Hoffnung auf ein entspanntes Verhältnis zur UdSSR. Die Öffentlichkeit war weithin von der Zuversicht erfüllt, daß sich der Ost-West-Konflikt überwinden oder wenigstens entschärfen lasse. Die Last des Vietnam-Krieges verstärkte in der amerikanischen Regierung den seit Kennedy hervorgetretenen Willen, sich um gute Beziehungen zum Kreml zu bemühen, und verließ dem Wunsch Nachdruck, die Truppen in Europa zu vermindern. Der von der Entwicklung des Verhältnisses zu Bonn und der Reaktion Washingtons auf seine Ambitionen im Bündnis gleichermaßen enttäuschte französische Staatspräsident de Gaulle wollte ähnlich wie die Führung in Moskau NATO und Warschauer Pakt längerfristig durch ein gesamteuropäisches System kollektiver Sicherheit ersetzen, um, wie er dachte, gemeinsam mit der Sowjetunion UdSSR die Geschicke des Kontinents zu lenken. Offiziös war in Paris von einer Entwicklung die Rede, die von einer *détente* über eine *entente* zur *coopération* mit der östlichen

Seite führen sollte – eine Vorstellung, die auch in einigen politischen Kreisen der Bundesrepublik Widerhall fand.

Der Idee folgten Taten, welche die Entwicklung im gewünschten Sinne vorantreiben sollten. Nachdem de Gaulle zunächst die Absicht erklärt hatte, nach dem Ende der Unkündbarkeit des Nordatlantikvertrags im April 1969 die militärischen Einrichtungen des Bündnisses in Frankreich nationalem Kommando zu unterstellen, kündigte er am 1. Juli 1966 den Austritt aus der Militärorganisation der NATO im nächsten Jahr an. Für die Allianz wurde damit die Bundesrepublik zu dem Land, von dessen Mitwirkung die Durchführung der Verteidigung auf dem europäischen Festland allein abhing. Mit der Ablösung der CDU/CSU-FDP-Regierung in Bonn durch eine große Koalition verband die sowjetische Führung die Hoffnung, daß sie sich der gaullistischen Orientierung anschließe. Als diese Erwartung enttäuscht wurde, suchte sie mit einer heftigen Propagandakampagne gegen den »aggressiven« Kurs der »westdeutschen Revanchisten« Druck auszuüben. Gleichzeitig wurde den »imperialistischen« USA eine entspannungsfeindliche Politik vorgeworfen. Damit konzentrierte der Kreml seine Polemik gegen die beiden Staaten, die für die Funktionsfähigkeit des westlichen Bündnisses am wichtigsten waren. Im Sommer angelaufene vertrauliche Gespräche mit der Bundesregierung über einen Gewaltverzicht wurden weitergeführt.<sup>1</sup>

Die reformkommunistische Entwicklung in Prag verstärkte in Westeuropa die

Tendenz zur Vernachlässigung des atlantischen Bündnisses und seiner militärischen Anstrengungen, denn sie erschien weithin als Auftakt einer generellen Annäherung und Verständigung mit den sozialistischen Ländern. Daß die sowjetische Führung eine Konvergenz der Systeme, wie sie sich in der Tschechoslowakei anbahnte, stets heftig abgelehnt hatte, wurde übersehen. Die zunehmende Begeisterung der Westeuropäer für die Entspannung ließ den Kreml mehr denn je erwarten, daß es 1969 zu einer Welle von Austritten aus der NATO kommen werde. Wenn er jedoch gegen die Politik der ČSSR, deren Ausschaltung als unbedingt erforderlich galt, mit militärischer Gewalt vorging, war damit zu rechnen, daß der mit großer Hoffnung begleitete Schwächungs- oder sogar Auflösungsprozeß des atlantischen Bündnisses einen schweren Rückschlag erlitt. Im Blick darauf suchte Brežnev um eine Intervention heranzukommen. Der für notwendig erachtete Politikwechsel in Prag sollte möglichst von innen her und auf unspektakuläre Weise erfolgen, um den Eindruck zu erwecken, es handele sich um eine eher kleine Kurskorrektur aufgrund autochthonen Willens. Dann ließ sich erhoffen, daß im Westen keine Irritation entstand, welche die westliche Allianz stabilisierte.

## Die militärische Intervention und die Reaktionen im Westen

Dieser Zweck wurde gründlich verfehlt. Als sich Brežnev Mitte August 1968 schließlich zur militärischen Aktion gegen die ČSSR



entschloß, hatten die Reformer zuvor viel Zeit gehabt, ihre Bewegung zu entfalten und die Bevölkerung für ihre Sache zu begeistern. Vor diesem Hintergrund nahm die – militärisch mustergültig durchgeführte – Intervention einen politisch katastrophalen Verlauf. Zunächst einmal scheiterte der Versuch, das bewaffnete Eingreifen der »Bruderstaaten« durch einen »Hilferuf« aus Prag zu legitimieren. Es ließen sich nur wenig »gesunde Kräfte« ohne anerkannte Persönlichkeit finden. Angesichts der über das Eindringen der fremden Truppen durchweg empörten Bevölkerung sahen sie sich nicht in der Lage, die vorgesehene Bitte um sowjetische Hilfe unter ihrem Namen zu veröffentlichen, anschließend die Regierung übernehmen und sich Unterstützung im Lande zu verschaffen. Allerorten regte sich spontaner ziviler Widerstand, dessen Stärke die Männer im Kreml davon überzeugte, daß sie keine Chance hatten, die Tschechoslowakei durch eine »Regierung der gesunden Kräfte« unter Kontrolle zu bringen. Sie sahen sich daher veranlaßt, sich zur Herstellung der öffentlichen Ordnung mehrere Monate lang der Autorität des reformerischen KPČ-Chefs Dubček zu bedienen. Zu diesem Zweck entführten sie ihn nach Mos-

kau und preßten ihm und anderen Mitgliedern der Prager Führung dort eine »Vereinbarung« ab, aufgrund deren er noch einige Zeit formal an der Spitze blieb, während die Invasoren Schritt für Schritt das frühere Repressionsregime wieder einführten. Dieser Prozeß der »Normalisierung« wurde nach dem Sturz des Parteichefs im Frühjahr 1969 zum Abschluß im Sinne einer totalen Sowjetisierung gebracht.<sup>2</sup>

Das alles vollzog vor den Augen der Weltöffentlichkeit. Der Eindruck im westlichen Ausland war verheerend. Man sah, wie ein in gemeinsamem Widerstand vereintes Volk vergewaltigt wurde, mit welchen Methoden die Kremlführung der tschechoslowakischen »Bruderpartei« ihren Willen aufzwang und wie sie anschließend die letzten Reste der Freiheit systematisch beseitigen ließ. Die stürmische Begeisterung, die der »Prager Frühling« im Westen meist ausgelöst hatte, verwandelte sich in eine antiso-wjetische Stimmung, die bis auf die kommunistischen Parteien, vor allem in Italien und Frankreich, durchschlug. Die zuvor oft überholt geglaubte Vorstellung der »sowjetischen Bedrohung« erhielt neue Nahrung. Die NATO galt wieder als unerläßlicher Schutzschild. Ihr Zusammenhalt stabilisier-

te sich; ihrer Verteidigungsfähigkeit wurde erneut große Bedeutung beigemessen. Nur de Gaulle, dessen Denken weithin von Vorstellungen der Zwischenkriegszeit bestimmt war und daher dem Systemcharakter des Ost-West-Konflikts keinen Platz einräumte, hielt an seiner Position großen- teils fest.<sup>3</sup> Sein – innenpolitisch bedingter – Rücktritt als Staatspräsident nahm der Idee einer »Überwindung der Blockpolitik« auch in Paris jede Unterstützung.

Ungeachtet ihrer gefestigten Bindung an die atlantische Allianz blieben die westlichen Regierungen auf Entspannungskurs. Es gab aber keinen Zweifel mehr daran, daß der Harmel-Bericht der NATO vom Dezember 1967 die alleinige Grundlage bildete. Demnach war eine unauflösliche Verbindung von Verteidigung und Entspannung notwendig, um die Sicherheit zu gewährleisten. Das hieß, daß die Allianz auf jeden Fall die Basis allen Bemühens um eine Verbesserung des Verhältnisses zur UdSSR und den sozialistischen Staaten zu sein hatte. Eine Absetzbewegung vom Bündnis oder gar ein Austritt kamen ebenso wenig in Betracht wie eine Abkopplung von den USA. Das Motiv dafür, daß man zwar gegen die Intervention Stellung nahm, aber weiter an Ent-

Links: Brennender sowjetischer Panzer. Rechts: Barrikaden aus Straßenbahnen und Bussen. Quelle: Ústavu pro soudobé dějiny (Institut für Zeitgeschichte).

spannung interessiert blieb, war die in den sechziger Jahren gewachsene Bereitschaft zur Hinnahme der sowjetischen Herrschaft in Osteuropa. Die USA waren nicht zuletzt wegen des Vietnam-Kriegs daran interessiert, daß sich die Lage in Europa nicht verschärfte, und hofften, ihre finanziellen Belastungen durch Rüstungsbegrenzungsvereinbarungen zu verringern. In Bonn, wo man den Abbruch der Gewaltverzichtsgespräche Anfang Juli 1968 seitens des Kreml von der desolaten Lage in seinem Lager motiviert gesehen hatte, betrachtete man die inzwischen durch die Ausschaltung der Reformer in Prag eingetretene Stabilisierung als gute Voraussetzung für Verhandlungen.

### Weitere außenpolitische Auswirkungen

Selbstverständlich wirkte sich die Intervention in der ČSSR auf das Verhältnis zwischen der UdSSR und allen Gefolgschaftsstaaten aus. War in Ungarn 1956 noch unklar gewesen, wann die Führungsmacht in innenpolitischen Entwicklungen in ihrem Lager militärisch eingreifen würde, ja sogar, ob sie sich überhaupt dazu entschließen würde, so stellte nun die »Brežnev-Doktrin« unzweideutig fest, daß die Entscheidungen über Regime und System als Angelegenheit nicht des jeweiligen Landes, sondern der Gesamtheit der sozialistischer Staaten – faktisch natürlich der dominierenden Sowjetunion – zu gelten hatten. Unter den Kommunisten in Westeuropas dagegen verstärkte die Militäraktion gegen die Prager Reformbewegung den Willen zur Selbständigkeit. Das galt vor allem für die Führungen der großen Parteien, die ihre Hoffnung zerstört sahen, mit dem Prager Beispiel die Existenz eines freiheitlichen Sozialismus glaubwürdig zu machen, der unter ihren Landsleuten Zustimmung finde und Bündnisse mit den Sozialisten des demokratischen Spektrums ermögliche.

In der ersten Empörung erklärte ein Spitzenfunktionär der italienischen Partei,



man sei froh, von der NATO vor der UdSSR geschützt zu sein. Der damit zum Ausdruck gebrachte Konflikt der »Eurokommunisten« mit der Zentrale des »proletarischen Internationalismus« wurde zwar später nicht zuletzt wegen finanzieller Abhängigkeiten unter den Teppich gekehrt, aber die seither eingetretene Entfremdung machte die frühere enge Kooperation bei Kampagnen in Westeuropa weithin unmöglich. Die Bereitwilligkeit der Genossen vor allem in Italien, Frankreich und Spanien, abweichende innenpolitische Interessen dem sowjetischen »Kampf gegen den Im-

perialismus« unterzuordnen, war seither kaum noch gegeben.<sup>4</sup> Die Führung in Peking protestierte scharf gegen die »barbarische Aggression« der UdSSR gegen die »unabhängige Tschechoslowakei« und erklärte wegen der Tatsache, daß die Sowjetunion ein Land mit klarem Bekenntnis zum Sozialismus angegriffen hatte, auch China für bedroht. Ob sie wirklich einen Angriff befürchtete, muß offen bleiben, doch führt von ihren Stellungnahmen im Herbst 1968 unverkennbar eine Linie zu den schweren Gefechten am Ussuri im folgenden Frühjahr und schließlich zum Einvernehmen

mit den USA, das 1971/72 die globale Kräftekonstellation fühlbar veränderte.<sup>5</sup>

### **Wachsende sowjetische Bereitschaft zu Verhandlungen mit dem Westen**

Mit dem Budapester Appell der Warschauer-Pakt-Staaten vom 17. März 1969 erneuerte die sowjetische Führung ihren seit 1966 präsentierten Vorschlag einer »gesamteuropäische[n] Konferenz zur Erörterung der Fragen der europäischen Sicherheit und der friedlichen Zusammenarbeit«, auf der über ein »dauerhaftes System der europäischen Sicherheit« gesprochen werden solle, das der »Teilung der Welt in Militärblöcke« und dem »Wettrüsten« ein Ende setze. Dabei setzte sie neue Akzente. Sie verzichtete auf die frühere Polemik gegen die hauptsächlich NATO-Staaten und darauf, ausdrücklich nur die Westeuropäer zur Teilnahme an den gewünschten multilateralen Beratungen aufzufordern, also die USA und Kanada von vornherein zu nicht für Europa zuständigen Mächten zu erklären (was für die Mitglieder des atlantischen Bündnisses von vornherein unannehmbar war). Man erklärte sich ausdrücklich zur »Berücksichtigung der Interessen aller Staaten und Völker« bereit und formulierte keine »Bedingungen« mehr, die vor der Konferenz erfüllt sein müßten, sondern bezeichnete die gestellten Forderungen nur noch als »Voraussetzungen« der Sicherheit, auf die man sich während der Beratungen einigen solle.<sup>6</sup>

Diplomatische Sondierungen bestätigten den Eindruck, daß der Kreml echte Verhandlungen akzeptierte. In dieser Situation ergriff der finnische Präsident Kekkonen die Initiative. Dieser hatte in seinem Land seit langem einen Kurs enger Kooperation mit der UdSSR durchgesetzt, um das Wohlergehen zu gewährleisten, das den Kreml zur Achtung der Neutralitätspolitik bewegen sollte, obwohl 1948 eine Beistandsverpflichtung im Fall eines Angriffs von Seiten Deutschlands und mit ihm verbündeter Staaten festgelegt worden war. Die Militäraktion gegen die ČSSR ließ Kekkonen befürchten, daß die Moskauer Führung die Zügel künftig fester anziehen wolle. Es zeigte sich dann zwar, daß die finnische Unabhängigkeit nicht akut gefährdet war, doch hielt er es trotzdem für angebracht, sich für die sowjetische Seite nützlich zu machen und seinem Land durch internationale Vermittlungsdienste eine anerkannte Position in der Weltpolitik zu verschaffen. Er übernahm die Rolle des Anwalts für die diskutierte multilaterale Beratung und trug so wesentlich dazu bei, daß die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

(KSZE) zustande kam und in Helsinki stattfand.<sup>7</sup>

Nachdem die Prager Reformer in Prag mit militärischer Gewalt ausgeschaltet und sowjetische Truppen in der ČSSR stationiert worden waren, kam das System kollektiver Sicherheit, durch das der Kreml die beiden Bündnisse nach wie vor ersetzen oder zumindest überwölben wollte, für keinen der Verantwortlichen im Westen mehr in Betracht. Trotzdem standen vor allem die westdeutschen Sozialdemokraten der Konferenzidee aufgeschlossen gegenüber. Sie waren nicht nur so wie andere in Westeuropa an einer Entspannung der Situation interessiert, sondern sahen darin auch eine Möglichkeit, die sowjetische Führung zum Eingehen auf ihre Vorstellungen zur Regelung der Streitfragen in ihrem geteilten Land, insbesondere in Berlin, zu bewegen. Die erstrebten gesamteuropäischen Verhandlungen erforderten demnach eine vorherige Bereinigung der Einzelprobleme. Generell suchte Bonn eine Verständigung mit Moskau und wollte zugleich verhindern, daß der DDR durch die Teilnahme an der Konferenz zu einer internationalen Anerkennung verholfen wurde, welche die Spaltung völkerrechtlich fixierte.

In Washington stand man dem Konferenzplan skeptisch gegenüber, doch die seit Januar 1969 im Amt befindliche Nixon-Administration konnte ihn nicht rundweg ablehnen, weil sie sich um Vereinbarungen mit der UdSSR in Rüstungsangelegenheiten und am Konflikttherd Berlin bemühte. Dort hatte die sowjetische Seite anlässlich der Bundespräsidentenwahl in den Westsektoren gezeigt, daß sie zwar an ihrer Statusdefinition der »selbständigen politischen Einheit« und damit an ihrem Verlangen nach Lösung der Bindungen an die Bundesrepublik festhielt, aber den Streit nicht eskalieren lassen wollte. Alle im Westen hielten eine Beteiligung der USA und Kanadas an den Gesprächen über Europa für unabdingbar.

Angesichts dieser Konstellation kam Kekkonen zu dem Schluß, daß die Konferenz nur dann zustande kommen konnte, wenn der Verhandlungsrahmen in vorbereitenden Gesprächen geklärt und die Teilnahme der beiden amerikanischen NATO-Mitglieder vorgesehen wurde. Die Einladungen, welche die finnische Regierung – sicherlich nach vorheriger Absprache mit der sowjetischen Seite – Anfang Mai 1969 verschickte, entsprachen diesen Erfordernissen.<sup>8</sup> Das sicherte dem Projekt die nachdrückliche Unterstützung der sozialdemokratischen Führer in Bonn, denn damit war die Möglichkeit gegeben, nicht nur Einfluß

auf die Themenwahl zu nehmen, sondern auch vorherige bilaterale Verhandlungen zur Beilegung strittiger Fragen zu verlangen. Zugleich konnten die Skeptiker nicht mehr einwenden, die ins Auge gefaßten multilateralen Beratungen brächten durch ihr bloßes Zustandekommen dem sowjetischen Lager politischen Gewinn, namentlich indem die DDR durch ihre Beteiligung automatisch internationale Anerkennung erlange.

Der Kreml suchte sich in den folgenden Monaten weiter als konzessionsbereit darzustellen. So bot Außenminister Gromyko im Sommer den drei Westmächten öffentlich Gespräche zur Regelung der Probleme in Berlin an.<sup>9</sup> Dabei ging man in Moskau davon aus, daß die westliche Präsenz nicht mehr in Frage stehe und daß die Statusforderung der »selbständigen politischen Einheit« nur mit Einschränkung durchgesetzt werde. Man wollte aber auf »bestimmte[n] Schritte der Westmächte« zur »Verhinderung der herausfordernden Demonstrationen der Bundesrepublik« bestehen.<sup>10</sup> Ab Herbst kam es zwischen Diplomaten der Vier Mächte zu Vorgesprächen mit dem Ergebnis, daß die Botschafter in Bonn beziehungsweise Ost-Berlin den Auftrag erhielten, ab 26. März 1970 eine Vereinbarung zu erörtern. Mit den USA führte die UdSSR Verhandlungen über eine Begrenzung der strategischen Rüstungen.

### **Verhandlungen mit der Bundesrepublik**

Als SPD und FDP nach den Bundestagswahlen vom Herbst 1969 die Regierung in Bonn bildeten, bekundeten sie den Willen, die DDR künftig als Staat zu behandeln. Dieser könne freilich für die Bundesrepublik nicht Ausland sein. Daraufhin fand sich die Kremelführung zu Gesprächen über die strittigen Deutschland-Fragen bereit. Nach einem ergebnislosen Auftakt im Herbst 1969 wurde in den ersten Monaten des folgenden Jahres in Erörterungen zwischen Außenminister Gromyko und Staatssekretär Bahr ein Durchbruch erzielt, nachdem Brežnev die Linie des Interessenausgleichs mit Bonn mit Unterstützung vor allem Andropovs innenpolitisch durchgesetzt hatte. Der Kreml ließ die Forderung nach Unverrückbarkeit der Grenzen fallen und nahm hin, daß ein »friedlicher Wandel« der territorialen Verhältnisse nicht von vornherein ausgeschlossen wurde. Diese Abmachungen erhielten den Charakter generell gültiger Prinzipien. Damit akzeptierte die Bundesregierung, daß die Übereinkunft mit der UdSSR die Grundlage für die folgenden Vereinbarungen mit anderen Staaten des sowjetischen Lagers bildeten. Auf

der rein bilateralen Ebene gestand die sowjetische Seite dem Verhandlungspartner zu, die DDR nur staats-, aber nicht völkerrechtlich anzuerkennen und sich durch einen »Brief zur deutschen Einheit« das Ziel der Wiedervereinigung weiter vorzubehalten.<sup>11</sup>

Das erzielte Einvernehmen betrachtete Brežnev als »Markstein« auf dem Weg zur »Normalisierung« der Beziehungen in Europa, auch wenn die »Reaktion« in Bonn – das heißt die parlamentarische Opposition CDU/CSU – »die Waffen nicht niedergelegt« habe und »die positiven Prozesse in der europäischen Entwicklung« bremsen. Sein Ärger darüber, daß die Ratifizierung des Vertrages und die Bereitschaft zur Teilnahme an der Europa-Konferenz von einer »befriedigenden Berlin-Regelung« abhängig gemacht wurden, richtete sich freilich auch gegen die Bundesregierung und die Westmächte. Er wollte aber auf dem eingeschlagenen Weg weiter vorankommen und wollte die »notwendige Energie« aufbringen, um die Hindernisse beiseite zu räumen.<sup>12</sup> Die sowjetische Seite war deshalb nach längerem Hin und Her zu einem Modus vivendi in Berlin bereit, der die Probleme in der geteilten Stadt regelte, obwohl hinsichtlich der divergierenden Standpunkte kein Einvernehmen zustande gekommen war.<sup>13</sup> Erst nachdem dieser Konflikt auf eine für den Westen akzeptable Weise beigelegt war, setzte der Bundestag den Vertrag mit Moskau in Kraft. Die CDU/CSU, welche die Ablehnung hätte herbeiführen können, ließ ihn passieren, um zu gewährleisten, daß die UdSSR das Berlin-Abkommen in Kraft setzte. Am 3. Juni 1972 tauschte man die Ratifikationsurkunden zu den Vertragswerken von 1970 und 1971 aus.<sup>14</sup>

Auf der Grundlage der Vorgaben, die mit der Sowjetunion festgelegt worden waren, vereinbarten die beiden deutschen Staaten im Jahr 1972 einen Vertrag über die Grundlagen ihrer beiderseitigen Beziehungen. Dabei ging es auch um »Erleichterungen für die Menschen im geteilten Deutschland«, also um Regelungen, die den Verkehr, den Kontakt, die Kommunikation und die systemüberschreitende Information zwischen beiden Seiten verbessern sollten. Diesem Verlangen der Bundesrepublik standen finanzielle Forderungen der DDR gegenüber. Mehrere Male, als die Verhandlungen an ostdeutscher Intransigenz zu scheitern drohten, machte der Kreml seinen Einfluß geltend, um die Regierung in Ost-Berlin zu einem Mindestmaß an Entgegenkommen zu veranlassen. Brežnev wollte verhindern, daß eine Lücke im Netz der Vereinbarungen blieb, mit denen er den sowjetischen Macht-

bereich völkerrechtlich abzusichern suchte. Mit Mühe und Not lag im November 1972 ein Ergebnis vor, das nicht zuletzt auch durch die Bonner Bereitschaft ermöglicht wurde, die das wirtschaftliche Leistungsvermögen überfordernde Sozialpolitik von SED-Chef Honecker durch fortlaufende Zahlungen zu unterstützen.<sup>15</sup> Dies wurde zum Ausgangspunkt einer sich seit Mitte der siebziger Jahre zunehmend verstärkenden innerdeutschen Interaktion, in der die DDR der Bundesrepublik für klingende Münze »menschliche Erleichterungen« zugestand – ein Vorgehen, das im Kreml wachsenden Argwohn hervorrief.

### Auftakt der Verhandlungen in Helsinki

Angesichts der Intervention in der ČSSR hatte der Kreml 1969 das Ziel verfehlt, die NATO auszuschalten oder zumindest entscheidend zu schwächen. Nach Abschluß der bilateralen Verhandlungen wurde 1973 die KSZE eingeleitet, von der sich Brežnev den Durchbruch zur Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit erhoffte. Er wollte daher die Konferenz zum Erfolg führen und war daher von Anfang in der Rolle des Demandeurs, der einen Preis zu zahlen hatte. Ungünstig war für ihn zudem, daß der Westen in den meisten Fragen mit den neutralen und oft auch mit nicht-gebundenen Teilnehmerstaaten übereinstimmte. Unter den Mitgliedern des Warschauer Pakts traten gelegentlich Differenzierungen hervor. Während die Amerikaner der KSZE zunächst noch skeptisch gegenüberstanden, nutzten die Westeuropäer, vor allem die in vollem Konsens agierenden neun Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft, die Lage, um auf der Erfüllung von Forderungen zu bestehen. Sie verlangten, die zwischen Moskau und Bonn vereinbarte Unverletzlichkeit der Grenzen müsse ausdrücklich die Möglichkeit friedlicher Grenzänderungen in wechselseitigem Einvernehmen einschließen und der Grundsatz der staatlichen Souveränität impliziere die freie Entscheidung über die Zugehörigkeit oder Nicht-Zugehörigkeit zu einem Bündnis. Mit vehementer Unterstützung der Neutralen setzten sie sich im Rahmen der »Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen« für die Freigabe des Kontakts und der Kommunikation über die Systemgrenzen hinweg ein. Das widersprach völlig der seit langem vertretenen sowjetischen Auffassung.<sup>16</sup>

Alle diese Forderungen, die schon in den Vorgesprächen zur Konferenz in allgemeiner Form zum Ausdruck kamen, stellten sowjetische Positionen in Frage. Im Mos-

kauer Politbüro war daher heftig umstritten, ob man darauf eingehen könne. Die Führungsmitglieder waren ganz überwiegend der Ansicht, mit den Verträgen, welche die Bundesrepublik mit der UdSSR und der DDR geschlossen habe, habe man bereits alles erreicht, was erwartet werden könne, namentlich die Anerkennung des SED-Staates und die vertragliche Festlegung, daß die bestehenden Grenzen als unverletzlich zu akzeptieren seien. Wenn man noch mehr wolle, werde man sich nur schaden. Man solle sich aus dem Netz befreien, in das man sich mit der KSZE selbst verstrickt habe. Als Parteichef, der letztlich zu entscheiden hatte, hielt Brežnev jedoch daran fest, daß die Konferenz zu einer gemeinsamen Sicherheitsorganisation von Ost und West führe, welche die Bündnisse zumindest relativiere. Dieses Resultat sollte die Herausforderung, die man mit der NATO gegeben sah, entscheidend verringern.<sup>17</sup>

Auf der KSZE entbrannte ein so heftiger Streit, daß es der sowjetische Delegationsleiter, Anatolij Kowalëv, den Abbruch der Verhandlungen nur mit größter Mühe verhindern konnte. Im September 1973 stand Brežnev vor der Frage, wie er den Westen auf der Konferenz halten könne. Mit dem Ende der Störmaßnahmen gegen die Radiosendungen der Voice of America, des BBC und der Deutschen Welle signalisierte er Bereitschaft zur Verständigung über »Korb III«.<sup>18</sup>

### Verlauf und Ergebnis der KSZE

Die Konflikt war damit nicht behoben. Als Kowalëv gegenüber der Kremelführung weitere Zugeständnisse als notwendig bezeichnete, erklärten die Kritiker im Parteiapparat, man verliere nichts, wenn die Konferenz ohne Ergebnis zu Ende gehe. Die Unverletzlichkeit der Grenzen sei im Vertrag mit der Bundesrepublik bereits festgelegt, und es wäre irrsinnig, wenn man als Preis dafür noch der »ideologischen Penetration« und der freien Verbreitung der Ideen zustimmen würde. Die internationale Position und die innere Stabilität der UdSSR seien durch den mächtigen Militärapparat gewährleistet. Wenn man auf die westlichen Wünsche eingehe, gewinne man nichts hinzu.<sup>19</sup> Brežnev hielt jedoch den erfolgreichen Abschluß der KSZE für unerläßlich. Die öffentliche Bekundung allseitigen Einvernehmens sollte der Entspannung in Europa zum Durchbruch verhelfen. Klauseln des Vorbehalts, etwa die Beschränkung der Garantie des territorialen Status quo auf den Schutz vor gewaltsamer Infragestellung, hielt er für unwichtiges Beiwerk. Er ging auch davon aus,

die östlichen Regime würden das Prinzip der »Menschenrechte und Grundfreiheiten« und die Regelungen von »Korb III« nach ihren Vorstellungen auslegen und durchführen können. Man werde also in der Lage sein, nach eigenem Gutdünken über Art und Ausmaß der Verpflichtungen zu entscheiden, die man auf der KSZE übernahm.<sup>20</sup>

Der große Einfluß der westlichen Staaten auf der KSZE machte die sowjetische Hoffnung auf ein System kollektiver Sicherheit illusorisch. Brežnev wollte wenigstens die Schaffung eines permanenten Organs erreichen. Die NATO-Mitglieder wollten jedoch kein Gremium haben, das in irgendeiner Hinsicht ein funktionales Äquivalent zum atlantischen Bündnis werden konnte. Sie lehnten jedwede Institutionalisierung ab. Das ging bis zu der Weigerung, den Vereinbarungen vertraglichen Charakter zu geben. Die Verhandlungsergebnisse wurden daher in einer Schlußakte niedergelegt, in der sich die Teilnehmerländer politisch zur Einhaltung der getroffenen Übereinkünfte verpflichteten. Als »Folgen der Konferenz« sah man Treffen in regelmäßigen zeitlichen Abständen vor, auf denen die Umsetzung der formulierten Prinzipien und Maßnahmen in die Praxis bilanziert werden sollte. Von größter Wichtigkeit war der Beschluß, den vollen Text der Schlußakte zu publizieren. Mithin wurde die Öffentlichkeit auch der sozialistischen Länder vollständig über den Inhalt der Vereinbarungen auf der KSZE unterrichtet. Die feierliche Unterzeichnung erfolgte am 1. August 1975.<sup>21</sup>

Die kommunistischen Regime sahen sich innenpolitisch in die Defensive gedrängt. Die marxistisch-leninistische Interpretation der Menschenrechte und Grundfreiheiten widersprach weithin der Vorstellung der Menschen, die eher an den Schutz ihrer individuell getroffenen Wahl als an die Verwirklichung des amtlich vorgeschriebenen Volkswillens dachten. Die Rechtfertigung der üblichen restriktiven Herrschaftspraxis erwies sich als schwierig, nachdem auf der KSZE Maßstäbe formuliert worden waren, die, wenn man sie ohne ideologische Scheuklappen betrachtete, eine andere Orientierung erkennen ließen. Die Erklärung des Kreml vom November 1975, der zufolge die Bestimmungen der Schlußakte im Lande voll durchgeführt worden waren, erwies sich als wenig überzeugend. An mehreren Orten entstanden »Helsinki-Gruppen«, welche die Menschenrechtsdefizite öffentlich bekannt machten und eine Implementation gemäß westlichem Verständnis forderten. Zwar gelang es der Geheimpolizei Andro-



povs innerhalb einiger Jahre, diese Stimmen zum Schweigen zu bringen, doch beseitigte dies weder den negativen Eindruck im Ausland noch das Bewußtsein vieler Bürger, daß der eigene Staat Rechtsverletzungen begehe. Ähnliches geschah auch in anderen sozialistischen Staaten.

### Der Euroraketenkonflikt

Anfang der sechziger Jahre hatte die UdSSR im Zeichen der Berlin-Krise eine forcierte Aufrüstung eingeleitet, die sich nach dem Fehlschlag der Raketenstationierung auf Kuba im Oktober 1962 weiter verstärkte.<sup>22</sup> Unter Brežnev suchte die sowjetische Führung die Idee einer »zuverlässigen Verteidigung« im Kernwaffenkrieg zu verwirklichen. Dazu bedurfte sie in Europa der Fähigkeit zur augenblicklichen Offensive mit überlegenen nuklearen und konventionellen Streitkräften, die in kurzer Zeit das gesamte Festland in ihre Hand bringen konnten. Der kritische Punkt der Planung war das global-strategische Arsenal der USA, das im Unterschied zu den westlichen Kapazitäten auf europäischem Boden zu Schlägen gegen das sowjetische Territorium geeignet war. Die strategischen Kernwaffen der UdSSR schützten diese im Kriegsfall davor nur so weit, wie die Amerikaner davon abgehalten werden konnten, ihr Arsenal für die Sicherheit Westeuropas einzusetzen. Das war nur dann zu erwarten, wenn die NATO militärisch ausgeschaltet wurde, bevor die global-strategischen Systeme zum Einsatz kamen, denn dann war für die USA das mit großem Risiko verbundene Eingreifen bereits sinnvoll geworden.

Eine »zuverlässige Verteidigung« im Nuklearkrieg, die der UdSSR katastrophale

Zerstörungen ersparte, erforderte demnach die sowjetische Fähigkeit zum sofortigen Entwaffnungs- und Vernichtungsschlag gegen Westeuropa, der den Amerikanern den Gebrauch ihrer Interkontinentalwaffen verleiden würde. Auch die umfangliche Rüstung, die der Kreml ohne Rücksicht auf ökonomische Kosten forcierte,<sup>23</sup> blieb hinter diesem Erfordernis zurück. Mit der 1969 nicht zustande gekommenen Ausschaltung der NATO stellte sich die Frage nach einer Alternative zur Lösung des Problems, wie sich die UdSSR im Kriegsfall vor unannehmbarem Schaden schützen lasse. Als Antwort darauf entwickelte man die Mittelstreckenrakete SS-20 (RS10).<sup>24</sup> Sie ließ sich nur gegen Westeuropa, nicht jedoch gegen die USA einsetzen und war darauf ausgelegt, auf einen Schlag die westeuropäischen Länder auszuschalten, bevor man in Washington über einen Kernwaffeneinsatz gegen die UdSSR entscheiden konnte. Die SS-20 sollte mithin die »zuverlässige Verteidigung« der Sowjetunion durch die Abkopplung des militärisch unterlegenen Westeuropas vom Schutz der amerikanischen Abschreckung gewährleisten. Die Entwicklungsarbeiten an der neuen Rakete begannen 1969. Nach Tests ab 1974 wurde Ende 1976 die Stationierung eingeleitet.

Die Kremelführung wollte sowohl einen wirtschaftlich ruinösen militärischen Wettstreit als auch eine Antwort der NATO auf die SS-20 verhindern. Die Vereinbarungen, zu denen sich Brežnev auf der KSZE bereit fand, dienten nicht zuletzt dem Zweck, im Westen den Eindruck einer vollkommenen Übereinstimmung zwischen allen Staaten hervorzurufen, der Schritte weitreichender Abrüstung in Europa erlaube, ja gebiete.



**Kaperung eines sowjetischen Panzers auf dem Wenzelsplatz. Quelle: Ústavu pro soudobé dějiny (Institut für Zeitgeschichte).**

Als 1975 die Unterzeichnung der Schlußakte bevorstand, setzte eine seit längerem vorbereitete<sup>25</sup> Kampagne für »militärische Entspannung« ein.<sup>26</sup> Demnach galt es, die zum Abschluß gebrachte »politische Entspannung« militärisch zu ergänzen, um ihr Festigkeit und Dauer zu verleihen. Die Aufforderung richtete sich an die NATO, während die UdSSR den Aufbau ihrer Arsenale ungebremst fortsetzte und von ihren Verbündeten ebenfalls nicht nachlassende Verteidigungsanstrengungen erwartete. Der Appell hatte zunächst kaum Wirkung. Solange die Warnungen vor der Gefährdung des Friedens durch einen Rüstungswettlauf an keiner Neubewaffnungsmaßnahme festzumachen waren, blieb die Öffentlichkeit ruhig. Das änderte sich, als die USA die Einführung der Neutronenwaffe beschlossen, um die Panzerüberlegenheit der UdSSR zu brechen. Im Westen, vor allem in der Bundesrepublik, entstand Angst vor Wettrüsten und Krieg. Präsident Carter hob seinen Entschluß auf. Im Kreml war man seitdem zuversichtlich, die Sicherheitspolitik der NATO mit Mitteln der Propaganda konterkarieren zu können.<sup>27</sup>

Die sowjetische Erwartung erlangte zentrale Bedeutung, als die SS-20 in den Mittelpunkt der Auseinandersetzungen rückte. Als erster westlicher Staatsmann erkannte Bundeskanzler Helmut Schmidt, daß eine Abkopplung von der amerikanischen Abschreckung drohte. Mit französischer und britischer Unterstützung bemühte er sich in Washington vergeblich um Berücksichtigung des Problems in den laufenden Verhandlungen mit der Sowjetunion über eine Begrenzung der strategischen Rüstungen (SALT). Erst Anfang 1979 schenkte Carter der Sorge seiner Verbündeten Aufmerksamkeit, bestand aber darauf, man müsse der Bedrohung durch Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westeuropa begegnen. Das widersprach den Vorstellungen seiner Gesprächspartner, insbesondere Schmidts, in dessen Partei, der SPD, die Rüstungsgegner großen Einfluß besaßen. Aber der Präsident blieb unbittlich, war aber bereit, von seinem Vorhaben

der »Nachrüstung« abzugehen, falls sich die UdSSR vor Fertigstellung der US-Raketen die SS-20 abhandeln lasse. Der NATO-Rat entwickelte daraufhin ein Konzept minimaler Gegenkapazitäten, die zwar die Sowjetunion nicht existenziell bedrohen, aber vom Einsatz der SS-20 durch die Gewißheit eines sofortigen Gegenschlages mit unannehmbaren Schadensfolgen abschrecken sollten.<sup>28</sup>

Der »Doppelbeschluß« des atlantischen Bündnisses vom 12. Dezember 1979 sah vor, daß in den vier Jahren, die für die Entwicklung und Produktion der amerikanischen Raketen benötigt wurden, Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR über die »Euroraketen« beider Seiten geführt werden sollten. Während die Regierungen in Westeuropa hofften, daß dann das Problem aus der Welt geschafft werde, sah die Kremelführung die Chance, eine Kampagne gegen die ins Auge gefaßte Nachrüstung über lange Zeit hinweg entfalten zu können. In der Tat gelang es, in der Bundesrepublik als dem entscheidenden Stationierungsland und in anderen westeuropäischen Staaten eine große Friedensbewegung zu mobilisieren und gegen die NATO auszurichten. Die sowjetische Hoffnung, dadurch die Gegenstationierung zu verhindern, erfüllte sich jedoch nicht. Präsident Ronald Reagan in Washington, der sich im Unterschied zu seinem Vorgänger großen Respekt in Moskau verschaffte, und Bundeskanzler Helmut Kohl, der die Regierung in Bonn übernahm, nachdem Schmidt seinen Rückhalt in der SPD verloren hatte, wichen vor dem scheinbar übermächtigen Protest nicht zurück. Die Dislozierung der amerikanischen Euroraketen verhinderte, daß die UdSSR mit den SS-20 einen entwicklungsfähigen Erstschatz gegen Westeuropa führen konnte und damit eine Position gewann, von der aus sie die NATO in Frage stellen und den gesamten Kontinent politisch dominieren konnte.

### **Entwicklungslinien zum Ende des Kalten Krieges**

Der Preis für die vergeblich forcierte Hochrüstung war eine ruinierte Wirtschaft. Schon 1981 hatte die Auslandsaufklärung des KGB festgestellt, ökonomische Schwäche und technischer Rückstand führten unaufhaltsam zu einer fortschreitenden Verschiebung des internationalen Kräfteverhältnisses zuungunsten der UdSSR. Die militärische Aufholjagd, welche die USA in der Spätzeit Carters begonnen hätten, habe diese Tendenz noch zusätzlich verstärkt.<sup>29</sup> Trotz reichlich vorhandener Bodenschätze war die Sowjetunion schon in den siebziger

Jahren an die Grenzen ihrer materiellen Leistungsfähigkeit gelangt. Brežnev sah sich zur Beschränkung von Lieferungen an die DDR genötigt, die diese als existenznotwendig betrachtete, und machte das SED-Regime damit noch stärker finanziell von der Bundesrepublik abhängig, obwohl er genau das verhindern wollte.<sup>30</sup> 1980/81 griff die sowjetische Führung aus Kostengründen in Polen nicht ein und war froh, daß sich schließlich General Jaruzelski zur Niederschlagung der Opposition bewegen ließ.<sup>31</sup> Nach dem Urteil ihrer Geheimdienste war die UdSSR 1985 durch übermäßige Rüstung wirtschaftlich erschöpft.<sup>32</sup> Gorbatschow suchte deren Lasten sogleich in Verhandlungen mit den USA zu verringern. Er machte bei den Euroraketen immer weiter gehende Zugeständnisse und verstand sich zuletzt im INF-Vertrag vom Dezember 1987 zu ihrer völligen Abschaffung. Er verzichtete auf die SS-20 und alle anderen Startgeräte kontinentaler und subkontinentaler Reichweite, wofür auch der Westen die entsprechenden Systeme verschrottete.

Mindestens ebenso sehr wurde die sowjetische Wirtschaft durch die Kosten des Imperiums belastet. Gorbatschow suchte sich davon zu befreien, indem er eine weitere Übernahme der Verantwortung für die Gefolgschaftsstaaten ablehnte. Sie mußten ihre Probleme künftig selbst lösen. Die UdSSR werde nicht mehr für sie eintreten. Damit gab sie zugleich die Entscheidung darüber aus der Hand, wie die sozialistischen Länder ihre inneren Verhältnisse gestalteten. Am 10./11. November 1986 sprach ihnen Gorbatschow das uneingeschränkte Recht zur Regelung ihrer wirtschaftlichen Angelegenheiten zu und erklärte, niemand habe Anspruch auf eine Sonderrolle.<sup>33</sup> Wenig später billigte er den Verbündeten politische »Wahlfreiheit« zu.<sup>34</sup> Intern erläuterte er, man werde nicht mehr dem »sozialistischen Internationalismus« – also der »Brežnev-Doktrin« – folgen und daher auf jede Intervention verzichten.<sup>35</sup> Als »Achtundsechziger«, der den Prager Reformer Zdeněk Mlynař aus gemeinsamer Moskauer Studienzeit kannte und im Herbst 1968 von einer Reise durch die ČSSR tief beeindruckt zurückgekommen war, hatte er einen humanitär und demokratisch geläuterten Sozialismus vor Augen und glaubte, daß sich die Völker ihm zuwenden würden, wenn man ihnen die Orientierung freistelle. Er leitete damit Entwicklungen ein, die nicht nur zum friedlichen Ende des Kalten Krieges, sondern auch zur Auflösung des sowjetischen Imperiums und zur Vereinigung Deutschlands unter westlichem Vorzeichen führten.

## Anmerkungen

- Gerhard Wettig, *Die Sowjetunion, die DDR und die Deutschland-Frage 1965–1976*, Stuttgart 1976, 41–68. Nach Öffnung der Akten ist die zwar folgenlos gebliebene, aber für die außenpolitische Ausrichtung der Kremlführung aufschlußreiche kurze Phase, während der die Kremlführung sondieren ließ, ob nicht der Wechsel in Bonn von der Regierung des Atlantikers Ludwig Erhard zur Koalition seiner Partei, der CDU/CSU, mit der bisherigen Oppositionspartei SPD eine wesentlich veränderte Außen- und Bündnispolitik zur Folge habe, bisher Gegenstand erneuter Forschung geworden, da sich die Aufmerksamkeit auf die »neue Ostpolitik« der Regierung Brandt-Scheel seit 1969/70 und die planerischen Vorarbeiten im Bonner Auswärtigen Amt von 1967 bis 1969 konzentriert. Die These des Buches, daß für den Kreml das westdeutsche Festhalten an der westlichen Allianz der ausschlaggebende Gesichtspunkt war, kann dadurch als bestätigt gelten, daß in den damaligen sowjetischen Interndokumenten stets die Ersetzung der »Konfrontation der Bündnisse« durch ein System der kollektiven Sicherheit in Europa als Ziel genannt wurde. Nach dem Mitte 1966 von de Gaulle verkündeten Austritt Frankreichs aus der Militärorganisation der NATO hing die Funktionsfähigkeit der Allianz auf dem europäischen Kontinent von der weiteren Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland ab. Näheres zur Außenpolitik der CDU/CSU-SPD-Regierung von 1966 bis 1969 bei Manfred Görtemaker, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart*, München 1999, 461–467.
- Stefan Karner/Günter Bischof/Manfred Wilke/Peter Ruggenthaler, Der »Prager Frühling« und seine Niederwerfung, in: Stefan Karner/Natalja Tomilina/Alexander Tschubarjan u. a. (Hg.), *Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968*, Köln/Weimar/Wien 2008, 41–43; Michail Prozumenščikov, Die Entscheidung im Politbüro der KPdSU, ebenda, 235–239; Oldřich Tůma, Die Dubček-Ära, ebenda, 91; Peter Ruggenthaler/Harald Knoll, Die Moskauer »Verhandlungen«, ebenda, 717–758.
- Georges-Henri Soutou, Paris und der »Prager Frühling«, in: Karner/Tomilina/Tschubarjan, *Prager Frühling* (Anm. 2), 359–364.
- Siehe etwa A. Tschernjaew, *Mein deutsches Tagebuch. Die deutsche Frage im ZK der KPdSU (1972–1991)*, Klitzschen 2005, 95; K.N. Brutenc, *Tridcat' let na Staroj Ploščadi*, Moskau 1998, 140.
- Chen Jian, The Path Toward Sino-American Rapprochement, 1969–1972, in: David C. Geyer/Bernd Schaefer (Hg.), *American Détente and German Ostpolitik, 1969–1972*, German Historical Institute Washington 2004, 26–52.
- Text: *Pravda*, 18.3.1969; Hans-Adolf Jacobsen/Wolfgang Mallmann/Christian Meier (Hg.), *Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Analyse und Dokumentation*, Bd. 1, Köln 1973, S. 120–122.
- Heikki Larmola, Finnland zwischen sowjetischem Versuchslabor und beginnendem KSZE-Prozess, in: Karner/Tomilina/Tschubarjan, *Prager Frühling* (Anm. 2), 633–658.
- Memorandum der finnischen Regierung, 5.5.1969, in: Jacobsen/Mallmann/Meier, *Sicherheit und Zusammenarbeit* (Anm. 6), 128 f.
- A. A. Gromyko auf der Tagung des Obersten Sowjet der UdSSR, 10.7.1969, *Pravda*, 11.7.1969.
- Vermerk über Gespräch O. Winzer–V. Semënov, 29.8.1969, SAPMO-BArch, DY 30/3524, Bl. 169–178.
- Bahr-Papier [Ergebnis der drei Besprechungsrunden mit Gromyko seit 30.1.1970], 22.5.1970, in: *Texte zur Deutschlandpolitik*, Bd. 6: 29.6.1970–26.1.1971, hg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn, Februar 1971, 90–92; Moskauer Vertrag zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland, 12.8.1970, ebenda, 93–95; Brief zur deutschen Einheit, 12.8.1970, ebenda, 96. Zum Verhandlungsergebnis aus amtlicher Bonner Sicht: Benno Zündorf [Carl-Werner Sanne], *Die Ostverträge. Moskau – Warschau – Prag – Das Berlin-Abkommen – Die Verträge mit der DDR*, München 1979, 27–61.
- Breznev auf der Sitzung des Politischen Konsultativkomitees des Warschauer Pakts, 2.12.1970, SAPMO-BArch, DY 30/3391, Bl. 182–198 (insbes. 182f, 185, 197f).
- Vier-Mächte-Abkommen, 3.9.1971, in: *Texte zur Deutschlandpolitik*, Bd. 8: 30.1.–3.9.1971, Oktober 1971, 371–384. Zum Verhandlungsergebnis aus amtlicher Bonner Sicht: Zündorf, *Ostverträge* (Anm. 11), 127–175. Zum Verlauf der Verhandlungen: Andreas Wilkens, *Der ungestete Nachbar. Frankreich, die deutsche Ostpolitik und die Berliner Vier-Mächte-Verhandlungen 1969–1974*, München 1990, 123–168; David C. Geyer, The Missing Link: Henry Kissinger and the Back-Channel Negotiations on Berlin, in: Geyer/Schaefer, *American Détente* (Anm. 5), 80–97.
- Die einschlägigen Dokumente hierzu sind wiedergegeben in: *Texte zur Deutschlandpolitik*, Bd. 11: 2.6.–22.12.1972, Januar 1973, 14–27.
- Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik und begleitende Vereinbarungen, 8.11.1972, ebenda, 268–301. Zur Vorgeschichte und zum Verhandlungsergebnis aus amtlicher Bonner Sicht: Zündorf, *Ostverträge* (Anm. 11), 177–310.
- Gerhard Wettig, Chruschtschow, der Wettbewerb der Systeme und das Problem der inter-systemaren Informationsverbreitung, *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 51 (2003), 318–333.
- A. S. Černjaev, *Moja žizn', moe vremja*, Moskau 1995, 291 f.
- Ebenda, 291 f., 304.
- Ebenda, 307 f.
- N. S. Leonov, *Lichole'te*, Moskau 1995, 164 f.
- Text: Jacobsen/Mallmann/Meier, *Sicherheit und Zusammenarbeit* (Anm. 6), Bd. 2, 913–966.
- Matthias Uhl, *Krieg um Berlin? Die sowjetische Militär- und Sicherheitspolitik in der zweiten Berlin-Krise 1958 bis 1962*, München 2008, 183–207.
- Alexander Bezborodov, Sowjetische Hochrüstung als Folge des Einmarsches, in: Karner/Tomilina/Tschubarjan, *Prager Frühling* (Anm. 2), 701–716.
- Zu den militärischen Merkmalen der SS-20 siehe Erhard Forndran/Gert Krell (Hg.), *Kernwaffen im Ost-West-Vergleich. Zur Beurteilung militärischer Potentiale und Fähigkeiten*, Baden-Baden 1984, 506–509 (Tabelle); B. E. Tschertok, *Raketen und Menschen, Bd. 3: Heiße Tage des kalten Krieges*, Klitzschen 2001, 536f; Information über die während der Manöver »Sapad-81« vorgeführten Komplexe der strategischen Angriffskräfte der UdSSR. Geheime Kommandosache (persönlich), BArch-MA, VA-01/32241, Bl. 209–212.
- Černjaev, *Moja žizn'* (Anm. 17), 302–304.
- Dokumente der Weltfriedensbewegung 1975–1979*, hg. vom Weltfriedensrat der DDR, o. O. [Ost-Berlin], o. J. [1980], 4–53.
- Michael Ploetz/Hans-Peter Müller, *Ferngelenkte Friedensbewegung? DDR und UdSSR im Kampf gegen den NATO-Doppelbeschluss*, Münster 2004, 89–92.
- Hierzu und zum folgenden Absatz Näheres bei Gerhard Wettig, Die Sowjetunion in der Auseinandersetzung über den NATO-Doppelbeschluss 1979–1983, *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* (für 2009 vorgesehen).
- Ben B. Fisher, *A Cold War Conundrum. The Soviet 1983 War Scare. An Intelligence Monograph*, hg. vom Center for the Study of Intelligence, Langley/VA 1997, 3–5.
- Einleitung, in: Hans-Hermann Hertle/Konrad H. Jarausch (Hg.), *Risse im Bruderbund. Die Gespräche Honecker–Breshnew 1974 bis 1982*, Berlin 2006, 34–60.
- Ausführungen von M. A. Suslov auf der Sitzung des Politburos der KPdSU, 19.12.1981, zitiert von Mark Kramer, Poland 1980–1981, *Bulletin of the Cold War International History Project* 5 (Spring 1995), 137; Mark Kramer, Jaruzelski, the Soviet Union, and the Imposition of Martial Law in Poland. New Light on the Mystery of December 1981 (Dokumentenwiedergabe mit Einführungstext), *Bulletin of the Cold War International History Project* 11 (Winter 1998), 5–14.
- Leonid Šebarain [Chef der Auslandsaufklärung], Chododnuju vojnu my proigrali ..., in: *Komsomol'skaja pravda*, 31. Juli 1992.
- Daniel Küchenmeister/Gerd-Rüdiger Stephan (Hg.), Gorbatschows Entfernung von der Breshnew-Doktrin. Die Moskauer Beratung der Partei- und Staatschefs des Warschauer Vertrages vom 10./11. November 1986, *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 42 (1994), 713–723.
- Karin Dawisha, *Eastern Europe, Gorbachev, and Reform. The Great Challenge*, Cambridge/MA 1990, 87 f.
- V. Aleksandrov, Vneanaja politika – algoritmy perechoda?, *Meždunarodnaja žizn'* (1991), 5, 21.

Prof. Dr. Gerhard Wettig, Vor Selms 92, D-54472  
Kommen, wettig@web.de